

# PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 23. JANUAR 2018



## GROSSE ANFRAGE **KITA-FINANZIERUNG: GUTSCHEINE KEIN ALLHEILMITTEL**

**Sollte Bremen die Finanzierung von Kindertagesstätten verändern? Und können dabei Hamburg und Berlin ein Vorbild sein, die auf ein Gutschein-Modell setzen? Welche Chancen und Risiken bestehen dabei? Das wollte die rot-grüne Koalition in einer Großen Anfrage vom Senat wissen. Dessen Antwort wurde heute in der Bürgerschaft diskutiert. Und in der Debatte äußerte Mustafa Güngör, in der SPD-Fraktion Sprecher für Kinder und Bildung, deutliche Zweifel, ob ein solches Modell auch für Bremen sinnvoll ist.**

Das Prinzip in Hamburg und Berlin erscheint einfach: Dort erhalten Eltern zur Anmeldung für einen Kinderbetreuungsplatz für Unter-Dreijährige sowie für die Drei- bis Sechsjährigen einen Gutschein und wählen ihre Einrichtung frei aus. Die Einrichtung wiederum bekommt das Geld für die Betreuung dann vom Jugendamt erstattet. Neue Plätze werden damit nicht zentral von der zuständigen Behörde geplant, sondern vor Ort von den Trägern geplant, gebaut und betrieben. Die Nachfrage steuert so das Angebot an Kita-Plätzen.

Und hier sieht Mustafa Güngör ein zentrales Problem bei diesem Modell. Zwar habe das Gutscheinmodell in Hamburg möglicherweise eine beschleunigende Wirkung auf den Platzausbau. Andererseits zeigten die bisherigen Erfahrungen, dass gezielte Maßnahmen notwendig wären, damit sich die Angebote in den Stadtteilen nicht noch

weiter auseinanderentwickelten. Es müssten auch dort ausreichend Plätze geschaffen werden, wo aus sozialpolitischer Sicht ein hoher Bedarf an Betreuungsplätzen bestehe, die direkte Nachfrage der Eltern aber dahinter zurückbleibe. „Eine Regelung, die dies nicht berücksichtigt, können wir als SPD-Fraktion nicht unterstützen“, betonte Güngör.

Er sah zudem weitere Schwierigkeiten, die aus der Antwort des Senats hervorgehen. So brauche eine Umstellung des Systems Zeit und sei in den ersten Jahren auch in Hamburg nicht reibungslos verlaufen. Auch sei dazu zusätzliches Personal nötig, das aufgrund



Mustafa Güngör

des bundesweiten Fachkräftemangels nur schwer zu bekommen sei.

Und schließlich verwies Güngör darauf, dass das „Bündnis für Integration, Bildung und Betreuung“ eine Arbeitsgruppe gebildet habe, für die die Überarbeitung des Finanzierungssystems ein zentraler Punkt sei. Die AG habe bisher noch keine abschließende Empfehlung abgegeben und vor einer Entscheidung sollte diese Empfehlung abgewartet werden, sagte Güngör und betonte abschließend: „Integration und Chancengerechtigkeit in und zwischen den Stadtteilen ist uns ein zentrales Anliegen. Ich glaube daher, die Steuerung der Kinderbetreuung, insbesondere die Standortfestlegung nach Stadtteilen und die Festlegung der Betreuungsstandards, muss in öffentlicher Verantwortung bleiben.“

> Zur Antwort auf die Große Anfrage  
<http://tiny.cc/kita-gutscheine>

## FRAGESTUNDE **NACH DEM FREIMARKT IST VOR DER OSTERWIESE**

Er gilt als Bremens fünfte Jahreszeit: Der Freimarkt auf der Bürgerweide, der jeden Herbst Millionen Besucher anzieht, ist Norddeutschlands größter Jahrmarkt. Einer der Hauptzugänge zum Gelände ist die Passage zwischen dem Nordausgang des Hauptbahnhofs und der Bürgerweide. Im Hinblick auf die Sicherheit und Übersichtlichkeit dieser stark frequentierten Passage hat sich Sükürü Senkal für die SPD-Fraktion während der heutigen Fragestunde der Stadtbürgerschaft nach der Einschätzung des Senats erkundigt.

Aus der Antwort des Senats ging dabei hervor, dass während der Freimarktzeit, aber auch während der Osterwiese, vor allem am Wochenende und in den Abendstunden des Donnerstag und Freitag besonders viele Menschen die Passage als Treffpunkt und Zugang zur Bür-



Sükürü Senkal

gerweide nutzen. Ein Sicherheitsrisiko sei dies aber nicht, erklärte Staatsrat Ekkehart Siering für den Senat. „Speziell der Nordausgang war 2015 und 2016 Gegenstand gutachterlicher Stellungnahmen eines beauftragten Sachverständigen. Der Gutachter hat die Situation in diesem Bereich bei Umsetzung seiner Empfehlungen grundsätzlich als unkritisch bewertet“, so Siering. Zu den auf Anraten des Gutachters ergriffen Maßnahmen zählten nun unter anderem eine bessere Ausleuchtung des Bereichs und die Schaffung einer Pufferzone, die mit Ordnungskräften besetzt sei, die die Besucherströme gegebenenfalls umleiteten. „Diese Maßnahmen sind Gegenstand der vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als Veranstalter mit der Polizei und der Feuerwehr abgestimmten Sicherheitskonzepte“, erklärte Siering abschließend und machte auf Nachfrage Senkals noch einmal deutlich, dass auch Aufbauten in den Gängen der Bahnhofspassage in diesem Zusammenhang verboten seien.

Zur Frage:  
<http://tiny.cc/freimarkt>



## FRAGESTUNDE **WIE BARRIEREFREI SIND BREMER SPIELPLÄTZE?**

Wie viele Spielplätze in Bremen sind mit barrierefreien beziehungsweise rollstuhlgerechten Spielgeräten ausgestattet? Und welche Möglichkeiten sieht der Senat, zusätzliche Angebote zu schaffen und vorhandene Spielplätze weiterzuentwickeln? Das wollte Ingelore Rosenkötter, SPD-Fraktionssprecherin für Sportpolitik und die Belange von Menschen mit Behinderung, heute in der Fragestunde wissen.

Sozial- und Sportsenatorin Anja Stahmann antwortete für den Senat, dass öffentliche Spielplätze grundsätzlich die Motorik von allen Kindern und Jugendlichen anregen sollten. Bislang gebe es mit dem „Großen Kurfürst“ in der Vahr den in Bremen einzigen Spielplatz, der mit einem ausdrücklich barrierefreien Spielgerät ausgestattet sei.

Dabei handele es sich um eine Rutsche. In der Regel seien öffentliche Spielplätze zudem für Rollstuhlfahrer zugänglich, da die Eingänge so gebaut seien, dass sie mit einem Kinderwagen befahrbar, und dadurch auch breit genug für Rollstühle seien. Zur Frage, ob der Senat Möglichkeiten



Ingelore Rosenkötter

sehe, das Angebot auszuweiten, antwortete Stahmann, dass barrierefreie Spielangebote nicht generell, sondern anlassbezogen entstünden. Ein solcher Anlass könne etwa eine Spilleitplanung in einem Stadtteil

sein oder auch ein Neu- oder Umbau eines Spielplatzes. Stahmann merkte allerdings an, dass barrierefreie Spielangebote sehr kostenintensiv in Anlage und Pflege seien.

Auf Nachfrage von Rosenkötter erklärte Stahmann zudem, dass ihr Ressort die aktuelle Anfrage zum Anlass genommen habe, im Kontext des Spielraumförderungskonzeptes noch einmal einen Blick auf das Thema Barrierefreiheit zu werfen. Dies werde nicht für jeden Spielplatz ein Thema sein, aber für jene, die attraktiv und gut erreichbar seien.

Zur Frage:  
<http://tiny.cc/spielplaetze>

## FRAGESTUNDE **BEHINDERN FERNWÄRMELEITUNGEN DEN STRASSENBAHNAUSBAU?**

Beeinträchtigt die dort verlaufende Fernwärmeleitung die geplante Verlängerung der Straßenbahntrasse vom Weserwehr zur Malerstraße? Und wenn ja: Ist dies bei der Planung der neuen Trasse bereits berücksichtigt? Danach fragte der SPD-Abgeordnete Jens Crueger heute in der Stadtbürgerschaft.

Für den Senat antwortete Verkehrssenator Joachim Lohse in der Fragestunde, dass es in der Tat Berührungspunkte gebe. Fernwärmeleitungen dürften nicht von

Straßenbahngleisen überbaut werden, da Bau- oder Reparaturmaßnahmen gegenseitige Einschränkungen im Betrieb hervorrufen würden.

Die im Verkehrsentwicklungsplan vorgesehene Straßenbahnverbindung zur Malerstraße habe aufgrund anderer Prioritätensetzungen bislang nicht weiterverfolgt werden können. Eine teilweise Verlegung der Fernwärmeleitungen könnte erforderlich sein. Genaueres werde aber erst das weitere Planungsverfahren zeigen. Die Kos-

ten für eine solche Verlegung würden bis 2023 von wesernetz und Bremen geteilt, ab dann von wesernetz allein getragen, erklärte Lohse – und gab auf Nachfrage Cruegers an, dass er angesichts der Dauer der unterschiedlichen Planungs- und Beteiligungsschritte davon ausgehe, dass auch erst dann mit dem Bau begonnen werden könne.

Zur Frage:  
[http://tiny.cc/trasse\\_fernwaerme](http://tiny.cc/trasse_fernwaerme)

## ANTRAG EHRENAMT STÄRKEN – IMKERINNEN UND IMKER BESSER ABSICHERN!

**Ehrenamtliche Imkerinnen und Imker sollen zukünftig besser abgesichert sein, wenn sie im Auftrag der Stadt tätig werden. Bisher sind die Ehrenamtlichen beim Entfernen von Bienennestern zwar oft unfall- aber nicht haftpflichtversichert.**

Wenn in den Monaten Mai und Juni die sogenannte „Schwarmzeit“ beginnt, zieht etwa die Hälfte eines Bienenvolkes mit der Königin aus und setzt sich in der Nachbarschaft als „Schwarmtraube“ in einen Baum, an ein Haus oder auf einen Balkon. Jedes Jahr melden sich daraufhin zahlreiche Bremerinnen und Bremer bei der Polizei, die sich von Bienennestern in ihrer näheren Umgebung bedroht fühlen. Dies gilt ebenso für Wespen- und Hornissennester, die wie Bienen unter Naturschutz stehen.

Umgesiedelt werden diese Nester allerdings nicht immer durch die Kommune, sondern auch von privaten Imkerinnen und Imkern im Auftrag der Stadt. Denn Polizei und Feuerwehr werden nur in Fällen tätig, die in sogenannten „sensiblen Bereichen“ – etwa an



Jens Crueger



Schulen, Kindergärten oder Krankenhäusern – liegen.

„Beim Entfernen der Nester kann es jedoch zu unerwarteten Vorfällen, etwa Schäden an Gebäuden oder Verletzungen, kommen“, erläutert der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jens Crueger, heute am Rande der Sitzung der Stadtbürgerschaft. Zur Lösung dieses Problems könne man sich vorstellen, diese ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer rechtlich mit Verwaltungshelfern gleichzustellen, da diese die zuständigen Behörden bei der

Durchführung von staatlichen Aufgaben unterstützten – in diesem Fall der sachgerechten Entfernung von Insektenvölkern.

„Die ehrenamtlichen Imkerinnen und Imker in Bremen machen einen tollen Job für die Umwelt und unser Gemeinwesen“, erklärte Crueger. „Dieses Ehrenamt wollen wir mit unserem Antrag weiter stärken.“

> **Antrag: Ehrenamtliche Imkerinnen/ Imker Verwaltungshelferinnen/Verwaltungshelfern gleichstellen**  
[http://tiny.cc/imker\\_staerken](http://tiny.cc/imker_staerken)

## FRAGESTUNDE BAUMSPENDEN – ERFOLGREICHES MITTEL ZUR STADTBEGRÜNUNG?

Seit dem Jahr 2014 bietet der Umweltbetrieb Bremen Baumpatenschaften an, bei denen Bürgerinnen und Bürger für etwa 800 Euro die Patenschaft für die Pflanzung eines Baumes übernehmen können. Jens Crueger, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, fragte den Senat, wie viele Patenschaften jährlich übernommen werden, ob es ein Baumlückenkataster zur gleichmäßigen Verteilung der Bäume über das Stadtgebiet gibt und ob Baumspenden ein geeignetes Instrument zur Begrünung von Alleen sind.

Für den Senat antwortete Umweltsenator Joachim Lohse, dass seit Beginn des Spendenprogramms „Freunde fürs Leben“ im

Jahr 2014 etwa 160 Baumpatenschaften vergeben worden seien. Dies entspreche jährlich 40 Spenden. Der Umweltbetrieb Bremen führe ein digitales Straßenbaumpatenschaftskataster, in welchem geplante Baumpflanzungen aufgeführt und Baumspenden eingeplant werden könnten. Für Grünanlagen werde nach und nach ein solches Kataster eingeführt. Aus Sicht des Senats böten Baumspenden ein hohes Potential für die Bepflanzung von Alleen. In der Praxis gebe es jedoch derzeit nur wenige geeignete Standorte. Vorschläge nehme der Umweltbetrieb Bremen gerne entgegen.

Auf Nachfrage von Crueger, ob sich mit einer entsprechenden Werbekampagne

die Zahl der Baumspenden erhöhen ließe, antwortete Lohse dass hierzu interne Überlegungen angestellt und in der Umweltdeputation erörtert würden.

Auf weitere Nachfrage des SPD-Abgeordneten Rainer Hamann, ob eine ähnliche Kampagne auch in Bezug auf die Pflanzung von Obstbäumen denkbar sei, antwortete der Senator, dass er sich dies durchaus vorstellen könne.

> **Frage: Baumspenden - Kann Bremen noch grüner werden?**  
<http://tiny.cc/baumspenden>